

# Verband der Bezirke tritt Inklusionsgedanken mit Füßen

*Mitteilung: Die Linke im Bezirkstag*

**A**ls eine Bankrotterklärung in Sachen Inklusion, bezeichnet die Linke im mittelfränkischen Bezirkstag die jüngste Resolution des Verbands der bayrischen Bezirke zum Thema Schulbegleiter/innen.

Nach Meinung der Bezirkstagslinken sei Schulbegleitung ein unverzichtbares und wertvolles Instrument auf dem Weg zur Inklusion und biete den betroffenen behinderten Kindern die notwendige Unterstützung zum Besuch einer Regelschule.

In der Resolution des Verbands der Bezirke heißt es: „Schulbegleiter bringen behinderte Kinder in eine Sonderrolle und führen zur Stigmatisierung im Klassenverband“, „durch Schulbegleitung erfolgt eine soziale, psychologische und pädagogische Separierung.“

„Wer mit dem Thema Schulbegleitung ernsthaft befasst ist, weiß, dass die tägliche Praxis diese Einwendungen längst widerlegt hat“, so Linkenbezirksrat Uwe Schildbach, der als Heilerziehungspfleger selber schon berufliche Erfahrungen in diesem Bereich sammeln durfte.

Die Forderung an den Freistaat Bayern, Regelschulen personell so auszustatten, dass eine inklusive Beschulung ohne externe Schulbegleiter/innen möglich sei, sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als ein frommer Wunsch.

In der jetzigen Form handelt es sich bei der Schulbegleitung um eine Leistung der Eingliederungshilfe und fällt somit in den Aufgabenbereich der Bezirke als übergeordnete Sozialhilfeträger.

Um sich von der Finanzierung zu drücken, versuche man nun das System Schulbegleiter mit fadenscheinigen Argumenten schlecht zu reden und die Antragshürden möglichst hoch zu hängen.

Anstatt sich ernsthaft darum zu bemühen, die Frage zur Finanzierung von Inklusion auf der politischen Ebene zu klären, werden die bestehenden Finanzierungsprobleme auf dem Rücken der schwerbehinderten Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern ausgetragen.

In diesem Zusammenhang häufen sich die Beschwerden gegenüber der Sozialverwaltung des Bezirk Mittelfranken, welche laut Aussagen von Betroffenen in letzter Zeit die Bewilligungsverfahren für Schulbegleiter/innen willkürlich erschwere und verzögere.

„Diese Zermürbungspraxis muss unverzüglich abgestellt werden“, fordert Schildbach, der eine Stellungnahme der Sozialverwaltung zur kommenden Sozialausschusssitzung beantragt hat.

„Die Bezirke haben die Aufgabe Inklusion umzusetzen und zu fördern, nicht zu verhindern und zu blockieren“, erklärt der Ansbacher Bezirksrat.

Laut UN-Behindertenrechtskonvention hat jedes Kind und jede/er Jugendliche das Recht in einer Regelschule beschult zu werden. Bereits 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert.

„In Bayern sind wir von einer inklusiven Beschulung noch Lichtjahre entfernt, wir schaffen es ja noch nicht einmal Kinder aus verschiedenen „sozialen Schichten“ gemeinsam lernen zu lassen, geschweige denn behinderte und nicht behinderte Kinder“, kritisiert Schildbach. Es werde Zeit, dass in Bayern die hochselektive Bildungs- und Schulpolitik vollkommen neu strukturiert werde. Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsschichten egal ob mit oder ohne Handicap.

*Pressemitteilung v. 25.5.2012  
Die Linke Ansbach-Weißenburg*